WP-04-178-6 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-04

Nach Zeile 178 einfügen:
Bei all dem setzen wir auf Gleichbehandlung aller obdach- und wohnungslosen Menschen.

Begründung

(einstimmiger Beschluss des AK Soziales der Kölner Grünen vom 7.10.2026)

Um es auf den Punkt zu bringen: Solange wir obdach- und wohnungslosen Menschen aus Osteuropa keinen gleichwertigen Zugang zum entsprechenden Hilfesystem geben, werden wir Obdachlosigkeit nicht überwinden können!

In Großstädten wie Köln oder Berlin, machen so genannte EU-Migrant*innen (vornehmlich aus Polen und Rumänien, viele davon seit der Pandemie hier gestrandet) nach Schätzungen mindestens 40% der Straßenobdachlosen aus. Was viele nicht wissen: Sie haben keinen gesicherten Zugang zum größten Teil der Hilfsangebote, weil sie arbeitslos oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind, und weder sozialversicherungsrechtliche Absicherung haben noch nachweisen können, mindestens 5 Jahre ununterbrochen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland zu haben.

Dadurch werden sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Viele Unterkünfte lehnen sie ab, weil es für sie nicht refinanzierbar ist.

Wer Obdachlosigkeit wirklich überwinden will, muss aus dieser Falle der Ungleichbehandlung ausbrechen. Ansonsten scheitern auch die besten Lösungsansätze, weil sie einen großen Teil der Betroffenen ausgrenzen.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Alyssa Ammelung (KV Köln); Rebecca Wehling (KV Köln); Andreas Disselnkötter (KV Ennepe-Ruhr); Susanne Alexi-Lingscheid (KV Köln); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Amana Pak (KV Köln); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Tim Lautner (KV Münster); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Marcus Lefèber (KV Köln); Martina Zsack-Möllmann (KV Solingen); Andreas Franco (KV Köln); Manfred Becker (KV Bonn); Jenny Brunner (KV Dortmund); Sabine Lüttgen (KV Aachen)